

»Es gibt noch eine Chance, den Vertrag zu stoppen«

Das Handelsabkommen CETA muss von allen Mitgliedstaaten der EU ratifiziert werden. **Ein Gespräch mit Arno Behlau**

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Bei einer unter anderem von Attac und ver.di veranstalteten Konferenz am vergangenen Wochenende in Nürnberg haben Bürgermeister und Mitarbeiter kommunaler Betriebe und Verwaltungen das Abkommen kritisiert. Was droht den Kommunen mit CETA?

Im Abkommen festgeschriebene Klauseln zur Marktöffnung bedrohen die Kommunen: Langfristig kann alles liberalisiert werden, was wir als Daseinsvorsorge oder öffentliche Dienstleistung bezeichnen. Wenn CETA gilt, haben die Kommunen über alle Bereiche, die sie einmal privatisiert haben, keine Entscheidungsmöglichkeit mehr. Die Bürger erwarten aber zu Recht, dass die Wasser- und Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Bildung, Gesundheit, Kultur sowie Pflege funktionieren und die Preise dafür nicht in die Höhe schießen. Wie dies sich mit einer Privatisierung ins Gegenteil verkehren kann, war – schon ohne ein solches Abkommen – am Beispiel der Berliner Wasserversorgung zu sehen. Nach einem Volksentscheid mussten die Berliner Wasserbetriebe 2013 wieder in die öffentliche Hand genommen werden. Mit CETA wird jedoch spätere Rekommunalisierung ausgeschlossen: Was die Kommune einmal privatisiert hat, darf nicht mehr zurückgenommen werden.

Gibt es weitere Beispiele?

Vorstellbar wäre: Eine Kommune möchte das örtliche Krankenhaus zurückhaben, weil ein privater Klinikkonzern etwa beschließt, die dort benötigte Geburtsstation zu schließen. Oder die Ener-



PRIVAT

Arno Behlau ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kommunen bei Attac Deutschland und vertritt das globalisierungskritische Netzwerk beim europäischen Netzwerk »TTIP-Free-Zones«

giepreise schießen in die Höhe, weshalb die Stadt ein entsprechendes Unternehmen wieder in öffentliche Hand übernehmen möchte. Nach Inkrafttreten von CETA würde all dies nicht mehr klappen. Markus Krajewski, Professor für Öffentliches Recht an der Uni Erlangen, der unter anderem mehrere Gutachten zu Auswirkungen von CETA erstellt hat, konstatierte bei der Tagung am Wochenende: »Freihandelsabkommen können die Rekommunalisierungen kommunaler Dienstleistungen erschweren. Drohende Schadensersatzforderungen von Konzernen werden das kommunale Handeln beeinflussen.«

Welche Nachteile würde dies für die Bürgerinnen und Bürger haben?

Viele Probleme der Privatisierungen sind jetzt schon zu spüren, das Abkommen verschärft sie. Teilweise werden ganze Klinikbereiche geschlossen, obwohl sie benötigt werden, weil sie ökonomisch nicht profitabel sind. Im Bildungsbe-

reich könnten immer mehr Privatschulen entstehen, schulische Grundversorgung wird noch weniger gewährleistet. Das bedeutet eine zunehmend verschärfte Zweiklassengesellschaft: Reiche können sich alles kaufen, Ärmere am öffentlichen Leben kaum mehr teilhaben. Alles, was vom Staat genauso gut wie von einem privaten Wettbewerber übernommen werden kann und nicht als staatliche hoheitliche Gewalt gilt – wie etwa Polizei oder Bürgerämter, die Pässe ausstellen – können Konzerne übernehmen. Auch in die Justiz – etwa in Gefängnisse – ziehen Unternehmen ein.

Ist CETA noch zu verhindern, obwohl das EU-Parlament das Abkommen am 15. Februar verabschiedet hat?

Das Abkommen tritt zwar ab 1. Juli vorläufig in Kraft. Es gibt aber noch eine Chance, den Vertrag zu stoppen, wenn ein europäischer Staat oder mehrere die Ratifizierung verweigern. Die nationalen Parlamente müssen dem Vertrag noch zustimmen – in Deutschland also der Bundestag sowie die einzelnen Bundesländer.

Ist es nicht zu spät, wenn sich Bürgermeister und Entscheider in den Kommunen erst jetzt aufregen, da das Abkommen schon unterzeichnet ist?

Der deutsche Städtetag hatte schon 2014 auf die Schwierigkeiten hingewiesen und gefordert, dass kommunale Demokratie durch CETA nicht gefährdet werden darf. Es hat aber niemand hingehört. In Deutschland haben sich insgesamt 380 Kommunen kritisch zu CETA geäußert, europaweit sind es mehr als 2.300 Gemeinden, Städte und Regionen.

Interview: Gitta Düperthal